



POSTULAT

Urheber	Mathieu GIROUD, PDCB, Franziska BINER, CVPO, Thomas BIRBAUM, PLR und Damien RABOUD, UDC
Gegenstand	Dezentralisierung der Kantonsverwaltung
Datum	17/06/2020
Nummer	2020.06.197

In der Maisession 2018 genehmigte der Grosse Rat das Gesetz über den Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung staatlicher Immobilien (Fonds FIGI). In Artikel 2 Absatz 2 sind folgende strategischen Ziele des Fonds definiert: «Der Staat achtet darauf, dass die Immobilieninvestitionen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, einer ausgewogenen Aufteilung der staatlichen Arbeitsplätze und einer optimalen Bürgernähe auf das gesamte Kantonsgebiet verteilt werden.»

Ein Blick auf die Rechnung 2019 zeigt, dass von den wichtigsten laufenden Investitionsprojekten neun in den Bezirken Sitten und Siders und nur vier in den Bezirken Monthey und Brig liegen. Die in Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 59 vom Staatsrat übermittelten Statistiken zeigen deutlich, dass die Stellen der Kantonsverwaltung (inklusive Kantonspolizei, exklusive Schulwesen, Spitäler und Gerichtsbehörden) bereits heute in den drei verfassungsmässigen Regionen ungleich verteilt sind.

In der Tat befinden sich 74 Prozent der Stellen der Kantonsverwaltung im Mittelwallis, obwohl dort nur 40 Prozent der Walliser Bevölkerung leben (insgesamt sind 54 Prozent der Kantonsangestellten im Mittelwallis wohnhaft). Uns scheint daher, dass der Staatsrat bei laufenden und kurzfristigen Investitionen – mit Ausnahme der Renovierung von «La Castalie» und des Spitals Brig – die strategischen Ziele des Fonds FIGI noch nicht vollständig verinnerlicht hat.

Während der Coronavirus-Pandemie haben wir festgestellt, dass die verfügbaren technischen Mittel es den Mitarbeitenden problemlos ermöglichen, Telearbeit zu machen und zwar von jedem beliebigen Standort aus. Im Zuge der Digitalisierung der Kantonsverwaltung hat die starke geografische Konzentration der staatlichen Dienststellen im Mittelwallis keine Daseinsberechtigung mehr. Daher würde eine gerechtere Aufteilung der Arbeitsplätze auf das gesamte Kantonsgebiet nicht nur den Mitarbeitenden kürzere Arbeitswege ermöglichen, sondern auch das Zentrum vom ständig wachsenden Verkehrsaufkommen entlasten.

Schlussfolgerung

Wir fordern den Staatsrat auf, eine echte Strategie zu erarbeiten und umzusetzen, die das Ziel hat, die Arbeitsplätze der Kantonsverwaltung ausgewogen auf das gesamte Kantonsgebiet zu verteilen und dabei bestehende Möglichkeiten wie Telearbeit, Jobsharing oder Co-Working-Spaces berücksichtigt.